



Projektland: Tschechische Republik

Quartal/Jahr: Januar bis März 2010

Schlagzeilen:

- 1) Politische Parteien übertrafen sich an Aktivitäten vor den für Ende Mai anberaumten Parlamentswahlen**
- 2) Die provisorische Regierung geriet immer mehr unter Druck politischer Parteien – vor allem der Sozialdemokraten (ČSSD)**
- 3) Die Opposition stellt sich gegen die Entsendung einer neuen Militäreinheit nach Afghanistan**
- 4) Bischof Dominik Duka wurde zum neuen Primas der katholischen Kirche in Tschechien**

1) Fieberhafte Aktivitäten politischer Parteien vor den Parlamentswahlen

Obwohl die Wahlen zum tschechischen Abgeordnetenhaus erst Ende Mai – 28.-29.05. 2010- stattfinden werden, standen die ersten drei Monate des Jahres ganz im Zeichen bunter Profilierungsaktivitäten aller relevanten oder potentiell relevanten Parteien. Tonangebend waren dabei vor allem drei politische Subjekte. Auf der einen Seite waren es die beiden Linksparteien – die Sozialdemokraten (ČSSD) und die Kommunisten (KSČM) – die im engen Schulterschluss im Parlament eine ganze Reihe höchst populistischer Beschlüsse durchzusetzen suchten, auf der anderen Seite war es die liberal-konservativ orientierte Demokratische Bürgerpartei (ODS), die – manchmal mit Erfolg - bestrebt war, durch verschiedenste Obstruktionen bei den Parlamentssitzungen die Verabschiedung von Beschlüssen zu vereiteln, die den sowieso sehr gespannten Staatsetat mit weiteren Schulden in einer Größenordnung von Dutzenden Milliarden Kronen belasten würden (der Staatsetat hat ein Volumen von knapp 1.000 Milliarden Kronen – umgerechnet etwa 39,2,Mld Euro). Erst das Wahlergebnis wird jedoch zeigen, ob sich die Vereitelung der verantwortungslosen Verschuldung des Landes schließlich nicht als ein Pyrrhus-Sieg zeigen wird, denn sowohl die Sozialdemokraten als auch die Kommunisten versorgen die Wähler nach wie vor mit Versprechungen, nach den Wahlen – falls die Linke an die Macht kommt – die 13. Rente auszuzahlen, die Praxisgebühren ganz und die Arzneigegebühren teilweise aufzuheben, die Landwirte mit satten Dotationen zu unterstützen, den Sport mit großen Summen zu fördern usw.

Die ODS, die Ende März eine grundsätzliche personelle Veränderung in deren Führung durchgeführt hatte, als der Parteivorsitzende Mirek Topolánek wegen einiger kontroverser

Äußerungen zur Problematik der Homosexuellen, Juden und der Kirche auf seine Kandidatur bei den Parlamentswahlen verzichten musste und die Position des Spitzenkandidaten der Partei deren Vize-Vorsitzende Petr Nečas übernahm, versuchte der populistischen Kampagne der linksgerichteten Parteien mit Warnungen vor schnell steigender Verschuldung des Staates entgegenzuwirken. Die Position dieser Partei ist jedoch in Folge verschiedener Korruptionsaffären insbesondere in der Kommunalosphäre, in die verschiedene ODS-Politiker verwickelt sind, nach wie vor geschwächt, obwohl mit Petr Nečas als Spitzenkandidat die Erfolgchancen der Partei ein bisschen gestiegen sind.

Als eine besonders auffallende Profilierungstat kann man die Entscheidung der Partei der Grünen bezeichnen, die in spektakulärer Art und Weise die beiden von ihnen nominierten Minister in der provisorischen Regierung des Ministerpräsidenten Fischer zurückgezogen haben. Als Vorwand dienten „unüberwindliche Differenzen in Sachen Energiepolitik“. Diese Vorgehensweise der Grünen ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass praktisch alle Ergebnisse der Ermittlungen der Meinungsforschungsagenturen signalisieren, die Grünen bewegten sich in den Wahlpräferenzen unter 5 %. Mit dem oben erwähnten Schritt wollen die Grünen ihre Anhänger und Sympathisanten mobilisieren. Trotzdem sind die Aussichten der Grünen nicht gut. Bei den Wahlen im Jahre 2006 konnten sie Stimmen der Wähler der vorher untergegangenen, eher links-liberal gerichteten Freiheitsunion gewinnen. Da jedoch im vorigen Jahr eine neue Partei unter der Bezeichnung „Öffentliche Angelegenheiten“ gegründet wurde, fanden die meisten ehemaligen Wähler der Freiheitsunion gerade in der neuen Partei Zuflucht. Deshalb können die Grünen mit diesen Wählern für sich nicht rechnen. Ihre Chance, dem nächsten Parlament anzugehören, ist somit gering.

In einer nicht beneidenswerten Lage befindet sich auch die Christlich-Demokratische Union (KDU-ČSL). Nachdem die Partei nach ihrem Parteikongress im Mai 2009 viele Repräsentanten des konservativen Flügels verlassen hatten, bewegt sie sich den Wahlprognosen zufolge ständig an der 5 % - Grenze. Trotzdem sind die Aussichten der KDU-ČSL bezüglich der Überwindung der 5 %-Klausel etwas besser als die der Grünen.

Die von dem ehemaligen konservativ orientierten KDU-ČSL-Vorsitzenden Miroslav Kalousek vor einem Jahr gegründete Partei TOP 09 mit Karel Schwarzenberg an der Spitze wird den Einstieg ins Parlament mit Sicherheit schaffen, wobei sie nicht nur einen Teil der konservativ orientierten KDU-ČSL-Wähler sondern auch viele Wähler der ODS anspricht, die mit den Verhältnissen in der ODS nicht zufrieden sind, aber unbedingt ein konservativ orientiertes politisches Subjekt wählen wollen.

2) Die provisorische Regierung des Ministerpräsidenten Jan Fischer geriet immer mehr unter den Druck politischer Parteien – vor allem der ČSSD

Als nach dem Sturz des Kabinetts Topolánek Ende März 2009 zwischen den Regierungs- und Oppositionsparteien vereinbart wurde, im Oktober 2009 vorgezogene Parlamentswahlen zu veranstalten und das Land bis zu diesem Termin von einer provisorischen Regierung verwalten zu lassen, der keine Politiker angehören werden, bekam jede Partei das Recht, unabhängige Persönlichkeiten zur Arbeit im Kabinett zu nominieren. Das ist dann auch geschehen, nur die Kalkulation mit dem Termin der vorgezogenen Parlamentswahlen ist wegen des Befunds des Verfassungsgerichts, das die Verfahrensweise des Parlaments bei der Festlegung des Termins der Wahlen als verfassungswidrig bezeichnete, nicht aufgegangen. Die Wahl wird also im ordentlichen Termin stattfinden. Die provisorische Regierung erfreute sich relativ großer Popularität, weil sie eben keine politischen Entscheidungen zu treffen hatte und daher als „neutral“ und „eigentlich vernünftig“ betrachtet wurde. In diesem Zusammenhang kam der ČSSD-Vorsitzende, Jiří Paroubek, auf die Idee, die Popularität der Regierung für seine Partei zu nutzen. Indem er die oben erwähnte Vereinbarung – wie übrigens praktisch alle anderen Vereinbarungen mit anderen politischen

Parteien - nicht einhielt, ließ er den Innenminister, Martin Pecina, zu Spitzenkandidaten der CSSD in Prag nominieren. Der Grund war ein ganz einfacher. Bis jetzt war Prag die Hochburg der ODS, während die Sozialdemokraten hier nur bescheidene Wahlerfolge verbuchen konnten. Dies will man mit diesem Schritt ändern. Pikant an der ganzen Angelegenheit ist auch die Tatsache, dass Minister Pecina früher einige Jahre lang ODS-Mitglied war. Eine ähnliche Vorgehensweise wollte die CSSD auch in Pilsen anwenden, indem man den „unabhängigen“ Außenminister, Jan Kohout, zum CSSD-Spitzenkandidaten im Regierungsbezirk ernennen wollte. Diese Rechnung ging nur deshalb nicht auf, weil sich die Bezirksorganisation der CSSD entschieden dagegen gestellt hat. Die ganze Angelegenheit hat noch einen nicht unwichtigen Aspekt. Seit 1996 waren die Ergebnisse der Parlamentswahlen in der Tschechischen Republik immer so, dass es praktisch unmöglich war, eine tragfähige, homogene Regierung zu bilden, gleichgültig ob das eine konservative oder linksgerichtete Regierung sein sollte. Die Erfahrungen zeigen, dass es manchmal monatelang dauern kann, bevor eine Kompromisslösung gefunden worden ist. Bis dahin muss das Land von jemandem regiert oder zumindest verwaltet werden. Und das wäre ja die Aufgabe der provisorischen Regierung, in der die CSSD inzwischen ihre Positionen gestärkt hat.

3) Die Opposition stellt sich gegen die Entsendung einer neuen Militäreinheit nach Afghanistan

Eine heftige Debatte im Abgeordnetenhaus löste die Absicht der provisorischen Regierung aus, entsprechend dem Wunsch der NATO, eine neue militärische Einheit in Stärke von 59 Soldaten samt Technik nach Afghanistan zu entsenden. Die Sozialdemokraten und Kommunisten stellten sich eindeutig dagegen, die ODS und TOP 09 unterstützten dieses Vorhaben. Bei den Kommunisten ist deren Motivation klar und einfach. Diese Partei ist grundsätzlich gegen die NATO und NATO-Mitgliedschaft der Tschechischen Republik, während sich die Sozialdemokraten grundsätzlich nach den Ergebnissen der Meinungsumfragen richten. Da diese zeigten, dass die Bevölkerung mehrheitlich gegen eine noch so bescheidene Erhöhung der Zahl tschechischer Soldaten in Afghanistan ist, stellte man sich dagegen. Auf der anderen Seite ist es nicht sicher, dass die ČSSD sich so ablehnend auch im Falle verhalten würde, wenn sie nach den Mai-Wahlen zum Parlament der Tschechischen Republik die Regierungsverantwortung übernehmen würde.

4) Bischof Dominik Duka wurde zum neuen Primas der katholischen Kirche in Tschechien ernannt

Am 13. Februar ernannte Papst Benedikt XVI. den Erzbischof der Erzdiözese Ostböhmen, Dominik Duka (66), zum neuen Primas der katholischen Kirche in der Tschechischen Republik. Er wird Kardinal Miloslav Vlk ablösen. Erzbischof Duka gilt als aufgeschlossener Partner für eine Diskussion mit Staat und Gesellschaft und scheint relativ gute Beziehungen zu Präsident Václav Klaus zu haben. Von nicht unbeträchtlicher Bedeutung für die nächste Entwicklung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche ist auch die Tatsache, dass Präsident Klaus die Persönlichkeit von Benedikt XVI. hoch einschätzt und anerkennt. Ob und wie es gelingen könnte, so sensible Probleme zu lösen wie Rückgabe des nach dem Jahre 1948 durch die kommunistischen Regierungen beschlagnahmten Eigentums der Kirche, die Frage definitiv zu beantworten, ob der St.Veitsdom auf der Prager Burg Eigentum der Kirche oder des Staates ist bzw. ob das Konkordat zwischen Staat und Kirche, das auf der Regierungsebene schon vor einigen Jahren angenommen wurde, auch im tschechischen Parlament ratifiziert wird, bleibt abzuwarten.

Herausgeber: Christian J. Hegemer, Leiter IBZ
Autor: Mag. Jindrich Mallota
Lazarettstr. 33 – 80636 München –
Tel.: +49 (0)89 1258-369 – FAX: +49 (0)89 1258-359
Homepage: WWW.HSS.DE